

Bis zu acht Prozentpunkte mehr Kreisumlage

Landrat Hermann Hübner schlägt Alarm – Appell an Staatsregierung: Ausgleich schaffen

BAYREUTH
Von Andreas Gewinner

Landrat Hermann Hübner schlägt Alarm. Im schlimmsten Fall müsste die Kreisumlage nächstes Jahr um satte acht Prozentpunkte steigen.

Dieser schlimmste Fall sieht so aus: Der gestiegene Umlagebedarf des Bezirks liegt bei 56 Millionen Euro für die nächsten zwei Jahre, entspräche fünf Prozentpunkten mehr Bezirksumlage (die Kreise und kreisfreie Städte bezahlen müssen). Der Umlagekraft-rückgang bei den Landkreisen liegt bei den derzeit erwarteten 6,4 Prozent. Würde zusammen im kommenden Jahr für den Landkreis Minderein-nahmen von zwei Millionen Euro und Mehrausgaben von 3,8 Millionen Euro ausmachen. Diese Deckungslücke von 5,8 Millionen Euro würde einer Erhö-hung der Kreisumlage um acht Pro-zentpunkte entsprechen. Und dies würde für die Städte und Gemeinden im Landkreis im Schnitt je Kommune eine Mehrbelastung von rund 175 000 Euro entsprechen ...

Bevor den Bürgermeistern und Kämmerern im Bayreuther Land nun

kollektive schlecht wird: „Unser Ziel ist es nach wie vor, die Kreisumlage im kommen-den Jahr stabil zu hal-ten“, versichert Land-rat Hübner. Schließ-lich wurde die Kreisumlage erst zum Jah-resanfang um 4,2 Pro-zentpunkte auf 41 an-gehoben. Was Mehr-belastungen für die 33 Kommunen von gut 3,6 Millionen Euro mit sich brachte.

Doch über den schlimmstmöglichen Fall müsse man reden, so Hübner. Der dieses Szenario mit klaren Forderungen an die bayerische Staatsregierung verbindet: eine deutliche Erhöhung der Ausgleichsleistun-gen, die der Freistaat den Kommunen zur Erfüllung ihrer staatlichen Aufga-ben überweist.

Hübner spricht von einer „finanziell dramatischen Situation“ des Bezirks Oberfranken. Die Erhöhung der Be-zirksumlage um fünf Punkte sei vom Bezirksstagspräsidenten bereits kon-



Landrat Hermann Hübner

cret in Aussicht ge-stellt. Deshalb un-terstützt Hübner die Resolution des Be-zirkstags Oberfran-ken an Staatsregie-rung und Landtag, in der um Hilfe und Unterstützung gebe-ten wird.

Doch es gibt auch Hoffnungswerte in dem Szenario. So wisse man die ge-naue Umlagekraft erst Ende Septem-ber, Anfang Okto-ber; die angesprun-gene Wirtschaft las-

se hoffen, dass es nicht so schlimm kommt, wie derzeit befürchtet, und dass man 2011 mit einem blauen Auge davonkomme, so Hübner. Der Landrat gibt indes schon jetzt die Parole aus, dass der Kreishaushalt 2011 ein abso-luter Sparhaushalt wird, werden muss. Eine Botschaft, die schon in den Kreistagsfraktionen angekommen sei.

Hübner hofft, dass man die freiwil-ligen Leistungen im Kreishaushalt (etwa eine Million Euro bei einem Ge-

samthaushalt von heuer 71 Millionen Euro) unangetastet lassen kann. Es könnten jedoch keine Mittelerhö-hungen akzeptiert werden, keine neuen Planstellen und keine Erhöhung der freiwilligen Leistungen.

Andererseits sei eine Einsparung von beispielsweise zwei Millionen Euro (entspricht nur einem Drittel der Deckungslücke im schlimmsten Fall) nicht zu schaffen, „ohne bestehende Dinge aufzulösen und damit Struktu-ren kaputt zu machen“. Eine Streich-liste wie bei der Stadt Bayreuth sei beim Landkreis nicht in vergleichbarer Form möglich wegen der anderen Aufgabenstruktur.

Hübner macht aber auch deutlich, dass man alternativ um unangenehme Diskussionen grundlegender Art nicht herumkommen wird, etwa über die Leistungsgesetze. „Wenn man über Dinge wie Behindertenhilfe reden will, macht man sich nicht beliebt“, so Hübner. Über Dinge, wie die Frage, ob in Behindertenheimen Ein- oder Zwei-bettzimmer der Standard sein sollen. (Die Kostenträgerschaft bei der Be-hindertenhilfe und in anderen sozia-len Bereichen gehört zu den Haupt-aufgaben der Bezirke).